



Die Bundesregierung soll den Aufwand und die Kosten für den erwogenen Ausbau der Bahnstrecke Löhne-Hameln-Elze noch einmal sehr genau prüfen – auch den Lärmschutz. So sieht es der Petitionsausschuss des Deutschen Bundestages.

Dana

Einen Schritt weiter – aber keine Entwarnung

Zu: „Ministerium soll noch mal rechnen“, vom 4. September

Die Argumente, mit denen das Aktionsbündnis BI Transit eine neue Begutachtung des Planfalls 33 fordert, wurden vom Petitionsausschuss des Deutschen Bundestages nach einer Ortsbesichtigung in Hameln und Bad Oeynhausen nun der Bundesregierung übergeben. Die Abgeordneten halten die Einwände der Bürgerinitiativen für so gewichtig, dass sie die Bundesregierung beauftragen, diese in „Erwägung“ zu ziehen, wenn der neue Bundes-

verkehrswegeplan aufgestellt wird. Damit sind die Bürger im Weserbergland, die sich kritisch mit den Ausbauplänen der Bahnstrecke Löhne-Hameln-Elze auseinandersetzen, einen Schritt weitergekommen.

Als Entwarnung darf die Nachricht jedoch keinesfalls gelesen werden! Es gilt nach wie vor, das Prozedere in Berlin genau zu verfolgen, bis schwarz auf weiß in einem gründlichen Gutachten zu lesen ist, dass man bei der Kostenprüfung tatsächlich hinreichend Tunnellösungen, Lärmschutzmaßnahmen et cetera berücksichtigt.

Dieses muss erfolgen, bevor der Bundesverkehrswegeplan 2015 aufgestellt wird. Nur so kann rechtzeitig deutlich werden, dass die „Billiglösung“ Gütertransit durch das Weserbergland ökonomisch, sozial und ökologisch nicht zu verantworten ist.

Die Bürger im Weserbergland müssen der Bundesregierung also weiterhin beständig in den Ohren liegen und politische Vertreter wählen, die sie dabei engagiert und zuverlässig unterstützen.

Bettina Tovar-Luthin,
Hameln